

Protest

Surfer gegen «Zensursula»

Sperrungspläne der Regierung bringen Internet-Gemeinde auf die Palme

VON STEFFEN KÖNAU, 29.05.09, 19:05h, aktualisiert 29.05.09, 19:24h

Halle/MZ. Jahrelang galt sie als individualistisch und politikmüde, die Generation Web, die sich lieber um den Aufbau von Internetshops und virtuellen Netzen als um den Ausbau der Demokratie kümmern wollte. Ausgerechnet das geplante Gesetz, das dem Bundeskriminalamt (BKA) die Befugnis zum Erstellen geheimer Sperrlisten geben soll, damit die Behörde den Zugriff auf Kinderpornoseiten im Internet für deutsche Nutzer blockieren kann, hat nun in der Netzgemeinde eine überraschende Politisierung ausgelöst. Hunderte Blogs polemisieren gegen die Zensurmaßnahmen, auf Videoportale wurden Protestfilme hochgeladen und bei abgeordnetenwatch.de müssen sich Politiker harte Nachfragen ihrer Wähler gefallen lassen.

Wie aus dem Nichts entstand eine ganze Kampagne gegen "Zensursula", wie Familienministerin Ursula von der Leyen im Internet inzwischen genannt wird. Die Generation Web erwacht aus der Politikmüdigkeit: Binnen weniger Tage wurde eine gegen die Gesetzespläne gerichtete Petition an den Bundestag im Netz mehr als 100 000 Mal unterzeichnet - alle fordern, der Bundestag müsse sich mit den Bedenken auseinandersetzen, die es gegen die Zensurpläne gibt.

Die wiegen nach Ansicht des Chaos Computer Club (CCC) zu schwer, als dass sie sich einfach vom Tisch wischen lassen. Die Sperrpläne seien technisch unsinnig und für die Freiheit im Internet gefährlich, befinden die Experten des ehemaligen Hackervereins. So ließen sich die angestrebten Sperren mit wenigen Mausclicks umgehen. Eine rechtsstaatliche Kontrolle der Sperrlisten sei nicht vorgesehen, angebliche Erfolgsgeschichten aus anderen Ländern seien "frei erfunden", die verwendeten Zahlen zu angeblichen Kinderporno-Zugriffen nie belegt worden.

Für die Netzaktivisten ist klar: Die Sperrpläne "haben eigentlich die Einführung einer Zensurinfrastruktur für missliebige Inhalte aller Art zum Ziel". Schon würden Rufe laut, deutschen Surfern auch den Zugang zu Sportwetten, Online-Spielen und Seiten mit rechten Inhalten zu sperren.

Der Chaos Computer Club nennt das "reine Kosmetik". Bei dem Verfahren, dass die Bundesregierung zur Bekämpfung von Kinderpornografie anwenden wolle, verblieben alle vermeintlich "gesperrten" Seiten nach der Sperrung quasi mit Duldung des BKA im Internet. Dagegen war es einer privaten Anti-zensur-Initiative in dieser Woche gelungen, nur per Email an verschiedene Provider binnen eines Tages 60 Kinderpornoseiten löschen zu lassen. Der Verein "Missbrauchsoffer gegen Internetsperren" hingegen fordert, dass das BKA jede gefundene Seite direkt vom Provider, der die Seite auf seinen Servern gespeichert hat, schließen lässt. Warum die Bundesregierung diesen Weg nicht gehen wolle, sei unverständlich. Schließlich weiß zumindest das Bundesinnenministerium genau, wie schnell er ans Ziel führt: Vor zwei Wochen erst hat die Behörde die satirische Nachahmung einer behördlichen "Sperrseite" kurzerhand vom Provider aus dem Netz nehmen lassen.

Direkter Link zum Artikel: '<http://www.mz-web.de/artikel?id=1237373807629>'
